

Niederschrift

| Gremium | Sitzung - VW/028(V)/13 | | | |
|----------------------|------------------------|----------------|----------|----------|
| | Wochentag, Datum | Ort | Beginn | Ende |
| Verwaltungsausschuss | Freitag, 31.05.2013 | Hasselbachsaal | 15:00Uhr | 17:20Uhr |

Leitung: Oberbürgermeister Herr Dr. Trümper
Teilnehmer: siehe Anwesenheit

Tagesordnung:

Öffentliche Sitzung

- 1 Eröffnung der Sitzung und Feststellung der Beschlussfähigkeit
- 2 Bestätigung der Tagesordnung
- 3 Genehmigung der Niederschrift vom 19. 04. 2013 - öffentlicher Teil
- 4 Anträge
 - 4.1 „Otto“ vergibt Preise A0022/13
Fraktion DIE LINKE/Tierschutzpartei
 - 4.1.1 „Otto“ vergibt Preise S0066/13
BE: Beigeordneter für Wirtschaft, Tourismus und Regionalentwicklung
 - 4.2 Überarbeitung des Flächennutzungsplanes im Bereich A0023/13
Steinkuhle/Straße „Am Neustädter Feld“/Magdeburger Ring
Fraktion DIE LINKE/Tierschutzpartei
 - 4.2.1 Überarbeitung des Flächennutzungsplanes im Bereich S0062/13
Steinkuhle/Straße „Am Neustädter Feld“/Magdeburger Ring
BE: Beigeordneter für Stadtentwicklung, Bau und Verkehr

| | | |
|---------|--|---------------|
| 5 | Beschlussvorlagen und Informationen | |
| 5.1 | Medizinisches Versorgungszentrum Klinikum Magdeburg gemeinnützige GmbH BE: Beigeordneter für Finanzen und Vermögen | DS0159/13 |
| 5.2 | Umsetzung des KiFöG-Neu in der Landeshauptstadt Magdeburg BE: Beigeordneter für Soziales, Jugend und Gesundheit | DS0186/13 |
| 5.2.1 | Umsetzung des KiFöG-Neu in der Landeshauptstadt Magdeburg Der Oberbürgermeister | DS0186/13/1 |
| 5.2.1.1 | Umsetzung des KiFöG-Neu in der Landeshauptstadt Magdeburg Der Oberbürgermeister | DS0186/13/1/1 |
| 5.2.2 | Umsetzung des KiFöG-Neu in der Landeshauptstadt Magdeburg Jugendhilfeausschuss | DS0186/13/2 |
| 5.2.3 | Umsetzung des KiFöG-Neu in der Landeshauptstadt Magdeburg Jugendhilfeausschuss | DS0186/13/3 |
| 5.2.4 | Umsetzung des KiFöG-Neu in der Landeshauptstadt Magdeburg Jugendhilfeausschuss | DS0186/13/4 |
| 5.2.5 | Umsetzung des KiFöG-Neu in der Landeshauptstadt Magdeburg Jugendhilfeausschuss | DS0186/13/5 |
| 5.2.6 | Umsetzung des KiFöG-Neu in der Landeshauptstadt Magdeburg Jugendhilfeausschuss | DS0186/13/6 |
| 5.2.7 | Umsetzung des KiFöG-Neu in der Landeshauptstadt Magdeburg Jugendhilfeausschuss | DS0186/13/7 |
| 5.3 | Austritt aus der Metropolregion Mitteldeutschland BE: Oberbürgermeister | DS0189/13 |
| 5.4 | Verfahren bei der Neubesetzung von Eigenbetriebsleiterpositionen BE: Beigeordneter für Kommunales, Umwelt und Allgemeine Verwaltung | DS0223/13 |
| 5.5 | Restrukturierung der Ausschüsse / Änderung der Hauptsatzung BE: Beigeordneter für Kommunales, Umwelt und Allgemeine Verwaltung | DS0201/13 |
| 5.6 | Interkommunale Zusammenarbeit BE: Beigeordneter für Kommunales, Umwelt und Allgemeine Verwaltung | I0109/13 |
| 6 | Verschiedenes | |

Anwesend:

Vorsitzende/r

Oberbürgermeister Dr. Lutz Trümper

Mitglieder des Gremiums

Stadtrat Hans-Dieter Bromberg

Stadtrat Martin Rohrßen

Vors. des Stadtrates Beate Wübbenhorst

Stadtrat Dr. Klaus Kutschmann

i.V.f. SR Schwenke

Stadträtin Karin Meinecke

i.V.f. SR Theile

Stadtrat Olaf Meister

i.V.f. SR Herbst

Stadtrat Hubert Salzborn

i.V.f. SR Frank Schuster

Stadtrat Gunter Schindehütte

i.V.f. SR Schwenke

Stadtrat Hugo Boeck

Stadtrat Oliver Müller

Stadtrat Wolfgang Wähnelt

Stadtrat Hans-Jörg Schuster

Geschäftsführung

Frau Andrea Behne

Verwaltung

Frau Dr. Anne Ignatuschtschenko

Abwesend:

Mitglieder des Gremiums

Stadtrat Frank Schuster

Stadtrat Wigbert Schwenke

Stadtrat Reinhard Stern

Stadtrat Frank Theile

Stadtrat Sören Ulrich Herbst

Öffentliche Sitzung

1. Eröffnung der Sitzung und Feststellung der Beschlussfähigkeit

Der Oberbürgermeister Herr Dr. Trümper eröffnet die Sitzung und stellt die Beschlussfähigkeit fest.

2. Bestätigung der Tagesordnung

Die Tagesordnung wird von den Mitgliedern des Verwaltungsausschusses bestätigt.

Stadtrat Müller, Fraktion DIE LINKE/Tierschutzpartei, hinterfragt den Grund dafür, dass der Antrag A0051/13 – Übernahme von Kostenaufwüchsen der MVB GmbH & Co. KG durch die LH MD – nicht Bestandteil der Tagesordnungen des Verwaltungsausschusses sowie des Stadtrates am 06. 06. 2013 ist.

In Beantwortung der Nachfrage führt der Oberbürgermeister aus, dass die Tagesordnung des Stadtrates mit der Vorsitzenden des Stadtrates Frau Wübbenhorst abgestimmt wurde. Der Antrag wurde nicht Bestandteil der Tagesordnungen, da bisher noch keine Stellungnahme der Verwaltung vorliegt.

Der für die Erarbeitung zuständige Beigeordnete II Herr Zimmermann wird am 03. Juni 2013 darüber informieren, wann die erforderliche Stellungnahme vorliegt.

Der Oberbürgermeister Herr Dr. Trümper stellt klar, dass zum Zeitpunkt der Beratung des Antrages im Stadtrat am 04. 07. 2013 die Preiserhöhungen der MVB bereits wirksam sein werden und legt seine Auffassung dar, dass für eine Zustimmung zum Antrag keine Mehrheit erreicht werden kann.

3. Genehmigung der Niederschrift vom 19. 04. 2013 - öffentlicher Teil

Die Niederschrift des Verwaltungsausschusses wird mit 7 Ja-Stimmen bei 4 Enthaltungen bestätigt.

4. Anträge

4.1. „Otto“ vergibt Preise Vorlage: A0022/13

An diesem Tagesordnungspunkt nimmt der Beigeordnete für Wirtschaft, Tourismus und regionale Zusammenarbeit Herr Nitsche teil.

Stadtrat Bromberg, SPD-Stadtratsfraktion, informiert zum Punkt 2 des Antrages über die Auffassung seiner Fraktion, dass, um eine breite Medienvielfalt zu erreichen, in der Jury ein jährlicher Wechsel von Medienvertretern (z.B. Volksstimme und MDR) erfolgen sollte. Hierzu sollte auch in der Region geprüft werden, welche Medien dafür prädestiniert sein könnten. In Punkt 2 des Antrages sollte die Formulierung „Vertreter der Volksstimme“ ersetzt werden durch „einen wechselnden Medienvertreter“.

Stadtrat Schindehütte, Fraktion CDU/BfM, legt seine Auffassung dar, dass das Preisgeld zwar nur 1.500 Euro betrage, aber angesichts des Sparprogramms des Landes Sachsen-Anhalt gut überlegt werden sollte, wo zusätzliche Gelder ausgegeben werden sollen.

Stadträtin Meinecke, Fraktion DIE LINKE/Tierschutzpartei, sieht den Vorschlag des Stadtrates Bromberg als unproblematisch an. Erläuternd zum Antrag A0022/13 führt sie aus, dass zum Vorschlag eines Vertreters der Volksstimme als Jurymitglied die Überlegung bestand, hiermit eine größere Öffentlichkeitswirkung zu erreichen.

Zum Hinweis des Stadtrates Schindehütte verweist sie darauf, dass bei der Zustimmung zur Ottostadt-Maßnahme auch keine Deckungsquelle benannt wurde. Sie informiert über die Zustimmung des Kulturausschusses zum Antrag und über die getroffene Aussage des Teamleiters 1 im Dezernat III Herrn Böttcher, ggf. die erforderlichen Mittel aus dem Budget des Dezernates III zur Verfügung zu stellen.

Zur Nachfrage des Stadtrates Wähnelt, Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, hinsichtlich der Benennung eines Vertreters des Kulturhistorischen Museums für die Jury erläutert Stadträtin Meinecke, Fraktion DIE LINKE/Tierschutzpartei, dass mit der Vertretung dieses Museums der Bezug zur Thematik Stadtgeschichte hergestellt ist.

Zum Hinweis des Stadtrates Wähnelt, dass es auch um künstlerischen Ausdruck gehe, legt der Oberbürgermeister Herr Dr. Trümper seine Auffassung dar, dass sowohl Vertreter des Kulturhistorischen Museums als auch des Kunstmuseums Jurymitglieder sein könnten und er dafür auf seine Mitgliedschaft in der Jury verzichten könnte.

Die Mitglieder des Verwaltungsausschusses unterstützen mehrheitlich den Vorschlag des Stadtrates Bromberg, SPD-Stadtratsfraktion.

Der Verwaltungsausschuss empfiehlt mit 10 Ja-Stimmen, ohne Nein-Stimme bei 2 Enthaltungen dem Stadtrat, den Antrag A0022/13 der Fraktion DIE LINKE/Tierschutzpartei, in seiner Sitzung am 04. 07. 2013 zu beschließen.

4.1.1. „Otto“ vergibt Preise Vorlage: S0066/13

Die Mitglieder des Verwaltungsausschusses nehmen die Stellungnahme der Verwaltung zur Kenntnis.

4.2. Überarbeitung des Flächennutzungsplanes im Bereich
Steinkuhle/Straße „Am Neustädter Feld“/Magdeburger Ring
Vorlage: A0023/13

An diesem Tagesordnungspunkt nimmt der Beigeordnete für Stadtentwicklung, Bau und Verkehr Herr Dr. Scheidemann teil.

Erläuternd zum Antrag führt Stadtrat Müller, Fraktion DIE LINKE/Tierschutzpartei, aus, dass bereits ein Gutachten zur Kaltluftversorgung erstellt wurde und auch eine Vielzahl von Gesprächen zur Thematik geführt wurde. Anliegen des Antrages war die nicht unbegründete Sorge um die Kleingärten. Er informiert über ein Gespräch mit der Vorsitzenden des Kleingartenverbandes und die hier erklärte Bereitschaft zur Bereitstellung von Flächen für Wohnungsbau. Stadtrat Müller merkt kritisch an, dass eine Drucksache zum Kleingartenkonzept bisher noch nicht vorgelegt wurde.

Der Oberbürgermeister Herr Dr. Trümper informiert, dass hinsichtlich der Bereitstellung der Flächen noch Gespräche geführt werden, welche Flächen wann zur Verfügung gestellt werden. Danach erfolgt eine entsprechende Überarbeitung.

Stadtrat Rohrßen, SPD-Stadtratsfraktion, legt seine Auffassung dar, dass der Antrag an der Sache vorbeigehe, da der Erhalt von Kleingartenflächen bereits im Flächennutzungsplan verankert sei. Er erklärt, dem Antrag nicht zustimmen zu können.

Die Mitglieder des Verwaltungsausschusses empfehlen mit 3 Ja-Stimmen, 9 Nein-Stimmen und ohne Enthaltung dem Stadtrat, den Antrag A0023/13 der Fraktion DIE LINKE/Tierschutzpartei nicht zu beschließen.

4.2.1. Überarbeitung des Flächennutzungsplanes im Bereich
Steinkuhle/Straße „Am Neustädter Feld“/Magdeburger Ring
Vorlage: S0062/13

Die Mitglieder des Verwaltungsausschusses nehmen die Stellungnahme der Verwaltung zur Kenntnis.

5. Beschlussvorlagen und Informationen

5.1. Medizinisches Versorgungszentrum Klinikum Magdeburg
gemeinnützige GmbH
Vorlage: DS0159/13

An diesem Tagesordnungspunkt nimmt der Beigeordnete für Finanzen und Vermögen Herr Zimmermann teil.

Erläuternd zur Drucksache informiert der Beigeordnete Herr Zimmermann, dass es sich hier nur um eine geringfügige Änderung des Gesellschaftsvertrages handelt, dahingehend dass die Gesellschaft nur noch einen Geschäftsführer und daneben einen ärztlichen Leiter haben soll.

Ergänzend führt der zu diesem Tagesordnungspunkt anwesende Beigeordnete für Soziales, Jugend und Gesundheit Herr Brüning aus, dass sich auf Grund gesetzlicher Änderungen die strukturellen Änderungen erforderlich machen. Die Beschäftigung des ärztlichen Leiters werde gewährleistet und in den Vertrag aufgenommen.

Der Verwaltungsausschuss empfiehlt mit 12 Ja-Stimmen dem Stadtrat einstimmig, die DS0159/13 in seiner Sitzung am 06. 06. 2013 zu beschließen.

5.2. Umsetzung des KiFöG-Neu in der Landeshauptstadt Magdeburg Vorlage: DS0186/13

An diesem Tagesordnungspunkt nehmen der Beigeordnete für Soziales, Jugend und Gesundheit Herr Brüning, der Leiter des Jugendamtes Herr Dr. Klaus sowie die Leiterin Sozialpädagogischer Dienst im Jugendamt Frau Pawletko teil.

Einführend informiert der Oberbürgermeister Herr Dr. Trümper, dass im Ergebnis eines Gespräches mit dem Jugendamt, dem Dezernat II sowie dem Fachbereich 01 ein Änderungsantrag DS0186/13/1/1 erarbeitet wurde. Dieser ersetzt den vorliegenden Änderungsantrag DS0186/13/1.

Im Weiteren geht er erläuternd auf die einzelnen Punkte des Änderungsantrages ein und verweist insbesondere auf die noch zu führenden Abstimmungen hinsichtlich der Kosten und des erforderlichen Personalbedarfs. Derzeit sind hierzu keine definitiven Aussagen möglich. Dies ist abhängig vom Verfahren und konkrete Aussagen können hierzu erst Mitte August 2013 getroffen werden. Nach Vorliegen der Fakten erfolgt die entsprechende Beschlussfassung frühestens zum Zeitraum September/Oktober 2013.

Dringend erforderlich sei jedoch zunächst die Beschlussfassung zur Satzung über die Kostenbeiträge sowie die erforderlichen Gebühren, da diese Daten in die Finanzsoftware übertragen werden müssen. Zu dem hierfür erforderlichen hohen Aufwand werden entsprechende Gespräche mit der KID geführt.

Klarstellend legt der Oberbürgermeister dar, dass der finanzielle Mehrbedarf kein echter sei, da gleichzeitig entsprechende Kürzungen bei den Verwaltungskosten der Freien Träger vorgenommen werden. Der genaue Finanzierungsbedarf ist jedoch noch nicht bekannt und ist abhängig davon, wer welche Daten eingibt. Hierzu sind noch Abstimmungen mit den Freien Trägern erforderlich.

Abschließend informiert Herr Dr. Trümper, dass die vom Jugendhilfeausschuss beantragten Änderungen eingearbeitet wurden und somit eigentlich die entsprechenden Änderungsanträge erledigt sind. Da der Verwaltungsausschuss hierfür nicht der zuständige Fachausschuss sei, hält er eine Abstimmung zu diesen Änderungsanträgen für nicht erforderlich.

Stadtrat Müller, Fraktion DIE LINKE/Tierschutzpartei, als Mitglied des Jugendhilfeausschusses nimmt zu den Änderungsanträgen Stellung und informiert aus der Sitzung des Ausschusses zum Hintergrund der Anträge. Er gibt die Empfehlung, der vorliegenden Drucksache zuzustimmen, um die Gewähr zu bekommen, dass die neue Gesetzeslage zum 01. 08. 2013 umgesetzt werden kann.

Der Oberbürgermeister informiert, dass unter der Voraussetzung der reibungslosen Einpflegung der erforderlichen Daten, voraussichtlich zum 01. 11. 2013 der 1. Gebührenbescheid erlassen werden kann. Hier ergibt sich die Problematik für die Eltern, dass die fälligen Beiträge für August/September/Oktober erst im November bezahlt werden können. Hierzu müsse eine Mitteilung an die Eltern erfolgen, dass diese dann auch über die erforderlichen finanziellen Mittel verfügen. Ebenso muss verdeutlicht werden, dass, wer die Gebühren nicht entrichtet, nach drei Monaten den entsprechenden Platz verliert.

Stadtrat Dr. Kutschmann, Fraktion CDU/BfM, äußert seine Zweifel daran, dass auch von allen Eltern der erforderliche Betrag über diesen Zeitraum zurückgelegt wird.

Stadtrat Hans-Jörg Schuster, FDP-Fraktion, hinterfragt die Möglichkeit der Hinterlegung der erforderlichen Gebührenbeträge in den jeweiligen Einrichtungen.

In Beantwortung der Frage legt der Oberbürgermeister dar, dass diese Problematik besprochen wurde. Auf Grund des großen Umfangs der erforderlichen Datensätze würde dies einen doppelten Aufwand bedeuten, der so nicht geleistet werden kann. Die Möglichkeit, die Umsetzung des KiFöG-Neu erst zum 01. 01. 2014 vorzunehmen, besteht jedoch nicht, da der Rechtsanspruch auf einen Betreuungsplatz bereits ab 01. 08. 2013 besteht.

Der Oberbürgermeister stellt den Änderungsantrag DS0168/13/1/1 zur Abstimmung.

Der Verwaltungsausschuss empfiehlt mit 11 Ja-Stimmen, ohne Nein-Stimme bei 2 Enthaltungen dem Stadtrat, den Änderungsantrag DS0186/13/1/1 in seiner Sitzung am 06. 06. 2013 zu beschließen.

Abschließend trifft der Oberbürgermeister die Feststellung, dass mit dem abgegebenen Votum die Drucksache in geänderter Form vorgelegt wird und die Änderungsanträge des Jugendhilfeausschusses in dem weiteren üblichen Verfahren behandelt werden.

5.3. Austritt aus der Metropolregion Mitteldeutschland Vorlage: DS0189/13

Hinweis: Stadtrat Meister, Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, trifft zur Sitzung ein.

Erläuternd zur Drucksache informiert der Oberbürgermeister Herr Dr. Trümper zu einem Gespräch mit der Stadt Dresden, welche bereits ihren Austritt aus der Metropolregion erklärt hat. Er legt dar, dass auf Grund einer Analyse der Zusammenarbeit in der Metropolregion keine nennenswerten Ergebnisse festzustellen waren, d.h. der zu leistende Aufwand erzielt einen zu kleinen Effekt. Hinsichtlich der erreichten Zielstellungen sieht er kein Erfordernis einer Arbeit der Metropolregion. Der eigentliche Effekt der Bildung einer polyzyklischen Region konnte nicht erreicht werden, da es keine gemeinsamen Interessen zwischen den Regionen gibt. Herr Dr. Trümper verweist darauf, dass sich hier bereits drei Landeshauptstädte nicht mehr beteiligen.

Im Ergebnis einer Abstimmung mit den Vorsitzenden der Fraktionen wurde ihm signalisiert, dass diese die vorliegende Drucksache mittragen, jedoch in der Fraktion CDU/BfM noch Diskussionsbedarf bestand.

Stadtrat Salzborn, Fraktion CDU/BfM, hält den Austritt aus der Metropolregion für die Zukunft für gefährlich. Als Grund benennt er dafür, dass sich die europäische Förderung auf Regionen ausrichten wird und die europäischen Zuwendungen für Länder zurückgehen. Für ihn stellt sich die Frage, welcher Region die Stadt Magdeburg angehören will, wenn sie aus der Metropolregion austritt.

Stadtrat Salzborn vertritt die Auffassung, dass ein Austritt aus der Metropolregion seitens der Stadt Halle nicht vorgesehen ist.

Er gibt dem Oberbürgermeister Recht, dass die bisher erreichten Zielstellungen als nicht optimal anzusehen sind und regt an, in Diskussionen mit Regionen, in denen die Zusammenarbeit gute Ergebnisse bringt, zu erfahren, wie die Arbeit in der Metropolregion besser gestaltet werden kann.

Stadtrat Salzborn unterbreitet den Vorschlag, den Beigeordneten für Wirtschaft, Tourismus und regionale Zusammenarbeit zu beauftragen zu prüfen, in welchen Regionen die Zusammenarbeit gute Ergebnisse aufzeigt.

Er legt seine Auffassung dar, der vorliegenden Drucksache nicht zuzustimmen und bittet darum, seiner Auffassung zu folgen.

Klarstellend zum Argument der europäischen Förderung von Regionen verweist der Oberbürgermeister darauf, dass dieses eine falsche Aussage sei. Die Europäische Union fördert Länder und dies wird auch zukünftig so bleiben.

Hinsichtlich der Auffassung des Stadtrates Salzborn hinsichtlich eines nicht beabsichtigten Austritts der Stadt Halle informiert er über die Anwesenheit des Oberbürgermeisters der Stadt Halle bei den Austrittserklärungen der Städte Dresden und Jena und dessen getroffene Aussage, ebenfalls den Austritt erklären zu wollen, sollte sich in den kommenden drei Monaten keine wesentliche Besserung der derzeitigen Situation abzeichnen.

Weiterhin informiert Herr Dr. Trümper, dass auch weitere Mitgliedsstädte Überlegungen hinsichtlich einer Austrittserklärung anstellen und legt seine Auffassung dar, dass das Konstrukt Metropolregion keinen Bestand haben wird.

Stadtrat Bromberg, SPD-Stadtratsfraktion, informiert, dass bereits Anfang der 1990er Jahre die Auffassung bestand, dass sich der Förderschwerpunkt der EU auf Regionen entwickeln wird, diese Auffassung somit nicht mehr neu sei. Für ihn sei jedoch wenig Substanz für die EU zu erkennen, unterschiedliche Regionen als ein Konstrukt zu fördern.

Stadtrat Bromberg informiert über das von seiner Fraktion gegebene Signal, durchaus die vorgelegten Argumente für eine Austrittserklärung nachvollziehen zu können und die Auffassung, hier Geld und Aufwand einzusparen.

Stadtrat Hans-Jörg Schuster, FDP-Fraktion, führt aus, dass seine Fraktion bereits von Anfang an gegen eine Unterstützung der Metropolregion war und sieht es als sinnvoll an, die erforderlichen finanziellen Mittel für die Mitgliedschaft einzusparen.

Stadtrat Wähnelt, Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, bezeichnet den Austritt als logische Konsequenz und regt an, eine Reformierung des Gebildes Region erst allein zu versuchen bzw. mit dem Umland eine stärkere Zusammenarbeit zu suchen.

Er spricht sich für eine Zustimmung zur Drucksache aus.

Stadtrat Müller, Fraktion DIE LINKE/Tierschutzpartei, legt dar, dass eine Fraktion die Thematik Metropolregion von Anfang an kritisch betrachtet hat und spricht sich für eine Zustimmung aus.

Auf seine in diesem Zusammenhang gestellte Nachfrage hinsichtlich der geplanten Jahreskonferenz in Magdeburg informiert der Oberbürgermeister, dass diese von ihm bereits abgesagt wurde.

Bezug nehmend auf die unter TOP 5.6 vorliegende Information I0109/13 zur Interkommunalen Zusammenarbeit gibt Stadtrat Müller den Hinweis, dass hier noch auf die Metropolregion verwiesen wird.

Stadtrat Salzborn, Fraktion CDU/BfM, widerspricht der Aussage des Oberbürgermeisters, dass es nicht zu einer europäischen Förderung von Regionen kommen wird und erläutert, dass auf Konferenzen, an denen er teilgenommen hat und auf denen zu dieser Thematik gesprochen wurde, die Auffassung vertreten wurde, dass die Tendenz zur Regionalförderung geht.

Der Verwaltungsausschuss empfiehlt mit 10 Ja-Stimmen, 1 Nein-Stimme und 2 Enthaltungen dem Stadtrat, die DS0189/13 in seiner Sitzung am 06. 06. 2013 zu beschließen.

5.4. Verfahren bei der Neubesetzung von Eigenbetriebsleiterpositionen Vorlage: DS0223/13

An diesem Tagesordnungspunkt nimmt der Beigeordnete für Kommunales, Umwelt und Allgemeine Verwaltung Herr Platz teil.

In seinen erläuternden Ausführungen zur Drucksache informiert der Beigeordnete Herr Platz, dass Anlass für die Drucksache die Ausschreibung für die Besetzung des Leiters des Eigenbetriebes Konservatorium und die damit verbundene Diskussion zum Personalvorschlag war. Hinsichtlich der zu Ausschreibungen für Eigenbetriebsleiterpositionen aufgeworfenen rechtlichen Fragen wird es als sinnvoll erachtet, zukünftig ein anderes Verfahren anzuwenden. Bezug nehmend auf die in der Anlage dargestellte detaillierte Aufgliederung der Arbeitsschritte für ein Besetzungsverfahren von Eigenbetriebsleiterpositionen u.a. vom Erstellen des Ausschreibungstextes über die Abstimmung zur Vorauswahl bis hin zur Erarbeitung der entsprechenden Drucksache als Entscheidungsgrundlage für den Stadtrat legt Herr Platz dar, dass es im Kern darauf hinauslaufe, die Beratung des Betriebsausschusses als Findungskommission zu führen und der Besetzungsvorschlag im Einvernehmen mit dem Oberbürgermeister erfolgt.

Hinsichtlich der erforderlichen Dienstverträge führt Herr Platz aus, dass nach Vorliegen des Personalvorschlages die Zwischenzeit genutzt wird, um mit dem Bewerber die Eckpunkte des Vertrages auszuhandeln. Zuständiges Gremium für die Verträge ist weiterhin der Verwaltungsausschuss. Zukünftig werden die Vertragseckpunkte ordnungsgemäß den Mitgliedern des Verwaltungsausschusses über das Ratsinformationssystem zur Verfügung gestellt, um eine schnelle Beschlussfassung zu gewährleisten.

Stadtrat Müller, Fraktion DIE LINKE/Tierschutzpartei, erklärt die Unterstützung seiner Fraktion zum vorgeschlagenen Verfahren, insbesondere, dass dieses Verfahren auch bei der Besetzung von Geschäftsführerpositionen Anwendung findet.

Bezug nehmend auf Punkt 11 der Anlage – Vorstellungsgespräche im Betriebsausschuss als Findungskommission – hinterfragt Stadtrat Müller hinsichtlich der beratenden Teilnahme der Fraktionsvorsitzenden, ob für die Teilnahme an der Beratung der Findungskommission die gleichen Grundsätze gelten, wie für Betriebsausschusssitzungen. Er erläutert, dass bisher gem. § 42 (4) GO LSA jedes Mitglied des Stadtrates an den Sitzungen teilnehmen konnte, auch wenn es nicht Ausschussmitglied war.

Erläuternd hierzu führt der Beigeordnete Herr Platz aus, dass den Fraktionsvorsitzenden jegliche Art von Einladungen zugehend. Inwiefern sie davon Gebrauch machen, liegt in deren Entscheidung.

Mit dem Hinweis darauf, dass die am Ende des Verfahrens erarbeitete Drucksache im Verwaltungsausschuss zur Beratung vorliegt, bezeichnet er es als sinnvoll, dass sich die Fraktionsvorsitzenden im Verwaltungsausschuss ein Bild davon machen können, wie der Betriebsausschuss zu seinem Personalvorschlag gekommen ist.

Insbesondere verweist er darauf, dass mit vorliegender Drucksache lediglich das Verfahren und keine Hauptsatzungsänderung beschlossen wird.

Der Oberbürgermeister merkt an, dass ein zu großes Gremium bei Vorstellungsgesprächen für die Bewerber als Zumutung gesehen werden kann.

Stadtrat Müller, Fraktion DIE LINKE/Tierschutzpartei, möchte protokollarisch festgehalten haben, dass grundsätzlich jedes Mitglied des Stadtrates an Betriebsausschusssitzungen teilnehmen kann.

Zum Hinweis des Stadtrates Müller, dass dieses Recht den Mitgliedern des Stadtrates nicht genommen werden kann bekräftigt der Oberbürgermeister, dass dies auch nicht gewollt sei. Er verweist aber darauf, dass es auch bisher nicht üblich war, Personalangelegenheiten in einem großen Kreis zu behandeln.

Stadtrat Schindehütte, Fraktion CDU/BfM, äußert seine Bedenken, dass ein Betriebsausschuss hinsichtlich der Behandlung von Personalangelegenheiten im Gegensatz zum Verwaltungsausschuss über weniger Erfahrungen verfügt. Kritisch äußert er sich zur Teilnahme der zuständigen Personalvertretung.

Bezug nehmend auf den Hinweis hinsichtlich der Erfahrung mit Personalangelegenheiten merkt der Beigeordnete Herr Platz an, dass Betriebsausschüsse gem. den Regelungen des Eigenbetriebsgesetzes das Vorschlagsrecht haben. Die vorgeschlagene Verfahrensweise nimmt die Betriebsausschüsse stärker in die Pflicht. Hierzu sichert er zu, zur korrekten Umsetzung die Betriebsausschüsse entsprechend vorzubereiten.

Stadtrat Bromberg, SPD-Stadtratsfraktion, erklärt die Zustimmung seiner Fraktion zur Drucksache.

Stadtrat Hans-Jörg Schuster, FDP-Fraktion, bezeichnet hinsichtlich der Zusammensetzung des Betriebsausschusses als Findungskommission die Teilnahme der Arbeitsnehmervvertretung als sinnvoll.

Stadtrat Salzborn, Fraktion CDU/BfM, spricht sich für die Zustimmung zur Drucksache aus und begründet, dass das vorgeschlagene Verfahren dem nahe kommt, was der ehemalige Personalausschuss geleistet habe.

Der Verwaltungsausschuss empfiehlt mit 13 Ja-Stimmen einstimmig dem Stadtrat, die DS0223/13 in seiner Sitzung am 04. 07. 2013 zu beschließen.

5.5. Restrukturierung der Ausschüsse / Änderung der Hauptsatzung Vorlage: DS0201/13

An diesem Tagesordnungspunkt nimmt der Beigeordnete für Kommunales, Umwelt und Allgemeine Verwaltung Herr Platz teil.

Erläuternd zum Hintergrund der Drucksache legt der Oberbürgermeister dar, dass diese ursprünglich gleich die entsprechende Hauptsatzungsänderung enthalten sollte. Im Ergebnis der Diskussion mit den Fraktionen wurde jedoch davon Abstand genommen.

Im Weiteren nimmt der Oberbürgermeister Bezug auf die vorgeschlagenen Strukturänderungen und informiert, hiermit zu gewährleisten, dass alle Fraktionen in jedem Ausschuss vertreten sein werden.

Herr Dr. Trümper führt weiterhin aus, dass nach der Diskussion zu Strukturänderungen mit den Fraktionen im Ergebnis weiterer Beratungen die Problematik aufgeworfen wurde, dass einzelne Fraktionen hiermit Ausschussvorsitze verlieren werden.

Aus diesem Grund erfolge der jetzt vorliegende Vorschlag zu strukturellen Änderungen. Wenn hierzu die Zustimmung erteilt wird, erfolgt im Nachgang die Vorbereitung der Beschlussfassung der erforderlichen Satzungsänderung.

Stadtrat Hans-Jörg Schuster, FDP-Fraktion, macht darauf aufmerksam, dass zur Thematik Familie scheinbar keine Zuordnung vorliegt. Er legt seine Auffassung dar, dass diese Thematik dem Ausschuss Gesundheit und Soziales zugeordnet werden müsste und hält eine Zuordnung zum Verwaltungsausschuss für kontraproduktiv.

Hierzu verweist der Oberbürgermeister auf die fachliche Zuordnung des Amtes für Gleichstellungsfragen zu seinem Bereich, hält aber die Zuordnung der Thematik Familie als soziales Thema zum Bereich des Beigeordneten V als lösbar.

Stadtrat Salzborn, Fraktion CDU/BfM, merkt kritisch an, dass es keinen Hinweis auf einen Personalausschuss gibt. Er sieht noch Änderungsbedarf speziell unter Berücksichtigung eines Personalausschusses.

Stadtrat Müller, Fraktion DIE LINKE/Tierschutzpartei, informiert über die kritische Sichtweise seiner Fraktion, im Vorgriff auf die anstehende Kommunalwahl zu entscheiden, wie die Arbeit des Stadtrates strukturiert werden soll.

Im Weiteren merkt er an, dass bei den Strukturvorschlägen der Unterausschuss Jugendhilfeplanung nicht erwähnt wird. Er legt seine Auffassung dar, dass dieser der Vollständigkeit wegen mit aufgeführt werden sollte.

Hierzu verweist der Oberbürgermeister darauf, dass Unterausschüsse nicht Gegenstand der Hauptsatzungsregelungen sind.

Stadtrat Müller kritisiert im Weiteren das Fehlen von Aussagen zu finanziellen Auswirkungen. Ebenso sei die Anlage zu den Sitzungszeiten aus seiner Sicht teilweise fehlerhaft. Er legt die Auffassung seiner Fraktion dar, die vorliegende Drucksache abzulehnen, da das bisherige Verfahren als gut angesehen wird.

Stadtrat Wähnelt, Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, verweist darauf, dass zu den Strukturen bereits mehrfach diskutiert wurde. Er bringt seine Verwunderung zum Ausdruck, dass die seitens des Oberbürgermeisters avisierte Vorlage von Varianten nicht erfolgte. Er unterbreitet den Änderungsvorschlag, den Ausschuss Umwelt und Energie als eigenständigen Ausschuss beizubehalten und auch keine Zusammenlegung des Kulturausschusses sowie den Ausschusses für Bildung, Schule und Sport vorzunehmen.

Die Nichtzusammenlegung begründet er zum einen mit den unterschiedlichen Aufgaben der Ausschüsse und zum anderen mit den im Kulturausschuss im Zusammenhang mit der Bewerbung als Kulturhauptstadt zu leistenden Aufgaben.

Stadtrat Bromberg, SPD-Stadtratsfraktion, informiert, dass die vorliegenden Änderungsvorschläge als Basis für eine Zustimmung seiner Fraktion gesehen werden. Auch die seitens der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen eingebrachten Änderungsvorschläge werden als zustimmungsfähig angesehen.

Zu seinem Hinweis, dass mit diesen Änderungsvorschlägen jedoch nicht mehr viele Strukturänderungen bleiben verweist Stadtrat Wähnelt, Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, darauf, dass die bisherige Ausschussstruktur um die Ausschüsse RPB, Familie und Gleichstellung sowie Vergabeausschuss reduziert wird.

Stadträtin Meinecke, Fraktion DIE LINKE/Tierschutzpartei, macht darauf aufmerksam, dass sich bei einer Zusammenlegung der Ausschüsse BSS und Kultur das Betätigungsfeld der Ausschussarbeit erweitert und die zuständigen Verwaltungsmitarbeiter trotzdem an den Ausschusssitzungen teilnehmen. Mit dem Hinweis auf die zu unterschiedlichen Aufgaben der beiden Ausschüsse hält sie eine Zusammenlegung für ungünstig.

Zur Nachfrage des Stadtrates Hans-Jörg Schuster, FDP-Fraktion, hinsichtlich bestehender rechtlicher Bedenken im Zusammenhang mit der Integrierung des Ausschusses RPB in den Ausschuss FG informiert der Oberbürgermeister, dass hierzu keine Bedenken bestehen.

Im Ergebnis der Diskussion zieht der Oberbürgermeister hinsichtlich der vorgeschlagenen Strukturänderungen folgendes **Fazit**:

Zu den vorgeschlagenen Strukturänderungen der Bereiche OB, Beigeordneter II, Beigeordneter III und Beigeordneter VI gibt es keine Veränderungsvorschläge.

Hinsichtlich der Strukturänderung Beigeordneter I wird vorgeschlagen, den Ausschuss für Umwelt und Energie eigenständig zu belassen.

Ebenso findet die Zusammenlegung der Ausschüsse Kultur und BSS keine Zustimmung.

Im Strukturbereich Beigeordneter V wird dem Ausschuss GeSo der Bereich Familie zugeordnet.

Somit werden der bisherige Vergabeausschuss, der Ausschuss für Familie und Gleichstellung sowie der Rechnungsprüfungsausschuss nicht mehr Bestandteil der Ausschussstruktur des Stadtrates sein.

Hinweis: Die benannten Änderungen liegen als Änderungsantrag DS0201/13/2 des Verwaltungsausschusses vor:

Der Punkt 1 des Beschlussvorschlages wird geändert und lautet wie folgt:

- 1) Der Oberbürgermeister wird beauftragt, die Hauptsatzung zur Umsetzung der neuen Ausschussstruktur im Sinne des Haushaltskonsolidierungskonzepts wie folgt zu überarbeiten:

OB: Verwaltungs- und Gleichstellungsausschuss (VWG)

Beigeordneter I: Rechts- und Vergabeausschuss (RVA)
Ausschuss für Umwelt und Energie (UwE)

Beigeordneter II: Ausschuss für Finanzen, Rechnungsprüfung und Grundstücksangelegenheiten (FRG)

Beigeordneter III: Ausschuss für Regionalentwicklung, Wirtschaftsförderung und kommunale Beschäftigungspolitik (RWB)

Beigeordneter IV: **Ausschuss für Kultur (KA)**
Ausschuss für Bildung, Schule und Sport (BSS)

Beigeordneter V: Jugendhilfeausschuss (JuHi)
Ausschuss für Gesundheit, Soziales **und Familie** (GeSo)

Beigeordneter VI: Ausschuss für Stadtentwicklung, Bauen und Verkehr (StBV)

Punkt 2 des Beschlussvorschlages bleibt unverändert.

Die Mitglieder des Verwaltungsausschusses empfehlen mit 6 Ja-Stimmen, 5 Nein-Stimmen und 2 Enthaltungen dem Stadtrat, die DS0201/13 unter Beachtung des Änderungsantrages DS0201/13/2 zu beschließen.

5.6. Interkommunale Zusammenarbeit Vorlage: I0109/13

An diesem Tagesordnungspunkt nimmt der Beigeordnete für Kommunales, Umwelt und Allgemeine Verwaltung Herr Platz teil.

Zur Nachfrage Stadtrat Wähnel, Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, hinsichtlich der aktuellen Terminierung der Information des Stadtrates zur Vorstellung der Ergebnisse der Bürgerbeteiligungen zum Integrierten Stadtentwicklungskonzept führt der Oberbürgermeister aus, die Terminierung im Dezernat VI prüfen zu lassen.

Stadtrat Müller, Fraktion DIE LINKE/Tierschutzpartei, hinterfragt die perspektivisch für 2014 vorgesehene Evaluierung des Verkehrsverbundes Marego.

Hierzu informiert der Oberbürgermeister, dass die Vertragslaufzeit des Verkehrsverbundes bis 2014 festgesetzt wurde und derzeit Abstimmungen zur weiteren Verfahrensweise geführt werden. Er legt seine persönliche Auffassung dar, dass, wenn die bisherige Landesförderung reduziert wird, der Verbund auslaufen wird.

Die Mitglieder des Verwaltungsausschusses nehmen die Information zur Kenntnis.

6. Verschiedenes

6.1. Qualifizierung Verkehrslandeplatz

Stadtrat Meister, Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, kritisiert, dass zu o.g. Thematik eine entsprechende Information (I0129/13) nicht öffentlich vorgelegt wurde.

Erläuternd hierzu führt der Oberbürgermeister aus, dass sich die Nichtöffentlichkeit in der Benennung von Firmen begründet. Er verweist darauf, dass diese Information zunächst nur einer Meinungsbildung dienen soll. Wenn hierzu eine klare Fraktionsmeinung zum weiteren Verfahrensweg vorliegt, könne eine entsprechende öffentliche Beschlussvorlage mit einer Anonymisierung der Firmen erarbeitet werden.

Stadtrat Meister verweist darauf, dass diese Information auf der Grundlage eines öffentlichen Stadtratsantrages erarbeitet wurde. Er hält es für ungünstig die Thematik nichtöffentlich zu behandeln und gibt die Empfehlung, die Information nochmals öffentlich vorzulegen unter Verzicht der Anlage, die sich auf Grundstücksflächen beziehen und Entfernung der Firmenbezeichnungen.

Der Oberbürgermeister möchte zunächst seitens des Beigeordneten Herrn Nitsche in seiner Dienstberatung darüber informiert werden, was im Ausschuss RWB besprochen wurde. Vor einem weiteren Verfahren möchte er ein Signal der Fraktionen, wie diese die Thematik sehen und ob sich hierfür eine Mehrheit im Stadtrat abzeichnet.

Stadtrat Hans-Jörg Schuster, FDP-Fraktion, informiert, dass sich auf Grund der Information der Ausschuss RWB nicht in der Lage sah, eine entsprechende Abstimmung vorzunehmen.

Stadtrat Wähnelt, Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, legt seine Auffassung dar, dass für ein politisches Signal die Information auch in anderen Ausschüssen hätte besprochen werden müssen. Er bezeichnet es als irritierend, dass in der Information die Empfehlung für eine Beschlussfassung gegeben wird.

Nach weiterer inhaltlicher Diskussion zur Thematik Flugplatz unterbreitet der Oberbürgermeister den Vorschlag, nach Anhörung des Beigeordneten Herrn Nitsche zu entscheiden, ob eine öffentliche Drucksache oder Information erarbeitet wird. Insbesondere verweist er darauf, keine Drucksache vorzulegen, die einen Ausbau des Flugplatzes beinhaltet.

6.2. Schiffshebewerk

Zur Nachfrage des Stadtrates Müller, Fraktion DIE LINKE/Tierschutzpartei, hinsichtlich eines Datums zur Eröffnung informiert der Oberbürgermeister, dass als Datum der 05. oder 12. Juli 2013 zur Wahl steht. Wenn der genaue Termin feststeht, werden die Fraktionen entsprechend informiert.

6.3. Antrag A0126/12 „Magdeburg summt! (- und Otto brummt)

Stadtrat Müller, Fraktion DIE LINKE/Tierschutzpartei, erinnert, dass seitens der Verwaltung ein entsprechender Vorschlag zu Flächen für die Beteiligung an der Initiative unterbreitet werden sollte und hinterfragt, ob hierzu bereits Gespräche geführt wurden.

Der Oberbürgermeister sagt eine Prüfung zu.

Die Niederschrift erhält ihre endgültige Fassung mit Bestätigung in der darauffolgenden Sitzung.

Dr. Lutz Trümper
Vorsitzender

Andrea Behne
Schriftführerin